

Protokoll der Fachtagung des ZFF „Familie in Zeiten des demografischen Wandels“ am 11.Juni 2014

Der demografische Wandel und die daraus resultierenden Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft gehören zu den bedeutenden sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Aus diesem Grunde veranstaltete das Zukunftsforum Familie einen Fachtag zu o.g. Thema, um mit ausgewählten Fachleuten in verschiedenen Diskussionsrunden die Problematiken von unterschiedlichen Seiten zu beleuchten.

Der Fachtag wurde nach einer Begrüßung und kurzen Einführung von Michael Scheffler (MdL, Vorsitzender AWO-Bezirksverband WW e.V.) und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen Frank Baranowski und mit einer Input-Rede von Franz Müntefering (Bundesminister a.D.) eingeleitet.

Thematische Schwerpunkte der Begrüßungsreden:

- Es werden weniger Kinder geboren (1964: 1,5 Mio./2013: 670.000) und die Menschen werden immer älter. Daraus folgt, dass die Zahl der Menschen, die in die Rentenkasse einzahlen, immer geringer wird.
Die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen haben bisher noch keine Wirkung erzielt (z.B. Elterngeld oder „Herdpauschale“)
- Die Stadt Gelsenkirchen ist, zum Bundesdurchschnitt, eine junge Stadt (jeder 4. Gelsenkirchener ist unter 25 Jahre alt).
- Der „Schrumpfungsprozess“ der Stadt GE (Zechensterben, Niedergang der Bekleidungs- und Glasindustrie) aus den 80er Jahren stellt hohe Anforderungen an die Quartierspolitik. Aber das bürgerschaftliche Engagement im Quartier kann keine Familie ersetzen und sollte nicht zum Abbau staatlicher oder kommunaler Strukturen führen.
- Die allgemeinen Rahmenbedingungen müssen stimmen, um Frauen Berufstätigkeit zu ermöglichen (z.B. Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, keine ständige Verfügbarkeit)
- Die Pflegeversicherung muss den steigenden Anforderungen (Babyboomer) angepasst werden. Pflege kann kein „Hobby“ sein, sondern muss als „Handwerk“ angesehen werden.

Thematische Schwerpunkte der Rede von Franz Müntefering:

- Die Ausgangslage in den Städten bzgl. der demografischen Daten ist sehr unterschiedlich, so dass individuelle Lösungen und eine Steuerung vor Ort von Nöten sind.
- Frauen mit bester Bildung haben eine geringere Fertilitätsrate als Frauen mit geringerer Bildung. Das erste Kind entbindet die Frau heute mit 31 Jahren.
- Eine „Gesellschaftsgerechtigkeit“ ist erforderlich! Die bestehenden Probleme sind keine Probleme der Generationen, sondern bestehen zwischen arm und reich, integriert und nicht-integriert, Bildung und Nicht-Bildung.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden: Bsp. Frankreich, wo an den Unis eine Kinderbetreuung angeboten wird.
- 95% der Alleinerziehenden sind Frauen, die eine eigene Perspektive bzgl. ihrer Rentenvorsorge aufbauen müssen.

- Die Wertschätzung in den Berufen muss verbessert und die sittenwidrig niedrige Bezahlung abgeschafft werden (Bsp. das Gehalt von Josef Ackermann entspricht dem von 600 Krankenschwestern).
- Kinder müssen in den Städten von Geburt an bis zur Ausbildung gut versorgt werden: Familien mit kleinen Kindern benötigen umfassende Betreuungsmöglichkeiten und zielgruppenspezifische Angebote.
- Monokulturen im Wohnungsbau lassen Stadtteile ausbluten.
- Für Senioren ist eine gute Infrastruktur und Nahverkehrsanbindung wichtig: hier besonders die Versorgung mit den tägl. Lebensmitteln, Arzt und Apotheken, damit ein gutes Altern möglich ist.

In der anschließenden Fragerunde wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert und die totale Verfügbarkeit –besonders von Eltern- angeprangert.

Thematische Schwerpunkte der Diskussionsrunde 1:

„Wie wirkt sich die demografische Entwicklung auf das Zusammenleben in und mit der Familie aus?“

- In Deutschland leben im Moment 80 Mio. Einwohner (jeder 5. ist über 64 Jahre alt) und im Jahr 2050 werden es 73 Mio. (jeder 3. über 64 Jahre) sein.
- Der Generationenvertrag ist gescheitert: Erwerbstätige versorgen in zwei Richtungen (Kinder und Alte).
- Zur Zeit erhalten 2,7 % der Rentner Grundsicherung, doch die Zahl der Jugendlichen, die Grundsicherung erhalten, ist sechsmal so groß! Daraus folgt, dass eine langfristige Finanzierung der Rente nicht gesichert ist!
- In Gelsenkirchen ist Familienbildung in den Stadtteilen angelangt. Es existiert eine flexible Kinderbetreuung über die 66 städtischen Kitas und Familienzentren.
- 800 Frauen mit Zuwanderungsgeschichte nehmen jährlich die Sprachförderung in den Kitas an.
- Das Ruhrgebiet ist durch Zuzug entstanden, deshalb müssen aus Problemen Chancen werden.
- Der generationenübergreifende Blick und die Einbeziehung von Familien ist wichtig: eine Finanzierung an der Basis schafft Gerechtigkeit. Für Familien ist entscheidend, was letztendlich bei ihnen ankommt. In skandinavischen Ländern wird –im Gegensatz zu Deutschland- viel Geld in die frühkindliche Erziehung investiert, was einen Rückgang des späteren Hilfebedarfes zur Folge hat. Eine Grundsicherung für Kinder, wie sie vom ZFF schon seit Jahren gefordert wird, könnte das komplizierte „Bildung und Teilhabe-Gesetz“ (BUT) ablösen und würde zu mehr Gleichberechtigung führen.

Thematische Schwerpunkte der Diskussionsrunde 2:

„Wie verändern sich Lebensräume, Sozialräume und Versorgungsstrukturen für Familien?“

- Junge Familien und Ältere brauchen einander (Mehrgenerationenhaus gutes Beispiel für praktikables Modell). Heute ziehen die Eltern im Rentenalter häufig den Kindern hinterher.

- Das beste Quartier ist altersgemischt: Monokultur im Wohnungsbau ist eine Katastrophe.
- In Stadtteilen mit großer sozialer Isolation fruchten keine sozialen Angebote, sondern die Vererbung von Lebenslagen wird hier beobachtet. **Ein Stadtteil mit hoher Fluktuation kann nur durch ein gutes Wohnangebot, gute Arbeits- und Lebensmöglichkeiten und gute Bildung stabilisiert werden.**
- Es besteht ein Dreieck zwischen Einkommensarmut, Bildungsarmut und Teilhabearmut (Bsp. Menschen mit geringerer Bildung wählen seltener).
- Das Land NRW versucht mit dem Gesetz zur Mietpreisbegrenzung dauerhaft bezahlbarem Wohnraum für Ältere und junge Familien mit geringem Einkommen zu schaffen.
- Die Wohnungsbauunternehmen versuchen heute durch Vernetzung mit ambulanten Diensten Wohnraum altersgerecht zu gestalten.
- Die Wohnungsgesellschaft muss bei der Quartiersentwicklung involviert werden, damit Wohnraum altersgerecht, bezahlbar und energieeffizient wird. Der altersgerechte Wohnraum ist z. Zt. nur zu einem Drittel gedeckt. Ein besonders praktikables Modell stellt hier die Wohntauschbörse dar, durch die Senioren und Familien ihren Wohnraum tauschen können, bzw. junge Familien und Ältere ziehen zusammen. Ein gutes Beispiel ist zu finden unter www.hiddenhausen.de (Projekt „Jung kauft Alt“/ junge Familien werden beim Kauf von alten Häusern finanziell unterstützt)
- Die Menschen in den Stadtteilen wollen und sollen mitbestimmen, wie ihr Stadtteil aussehen soll (Demokratisierung).
- Die zersplitterte Förderpolitik (z.B. soziale Stadt, Kein Kind zurücklassen) muss zu einem Handlungskonzept integriert werden.

Thematische Schwerpunkte der Diskussionsrunde 2:

„Vor welchen Herausforderungen stehen unsere Sozialsysteme?“

- Gelsenkirchen verfügt über eine große Ressource: ältere Menschen im Ruhestand, engagieren sich bei Generationennetz (vormals Seniorennetz) als Nachbarschaftsstifter. Z. Zt. werden 86 NBSS unterstützt, geschult und begleitet, um eigene Projekte entwickeln zu können.
- Die Sozialsysteme müssen mehr präventiv arbeiten. Erst dann zu agieren, wenn es zu spät ist, ist viel zu teuer, denn wir lassen zu viele Kinder mit unzureichender Bildung zurück! (präventiver Gedanke!). Kinder sind eigenständige Personen, die heute erst, wenn sie nicht mehr funktionieren, fördernde Maßnahmen erhalten. Bildung ist eine investive Aufgabe, wird heute jedoch als konsumtive ausgeübt. Familien müssen vor (finanzieller) Überforderung geschützt werden und Teilhabechancen müssen für alle da sein.
- Familie als Lebens- und Bildungsort für Kinder braucht finanzielle Sicherheit.
- Familie braucht Zeit, nicht nur für die Kinderbetreuung sondern auch für die Pflege Angehöriger (individuelle Verfügbarkeit über Zeiten).
- Die Qualität der frühen Bildungsangebote muss optimiert werden. Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss –auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel- Rechnung getragen werden.

Zusammenfassung:

Die Vielfalt der Generationen sollte zu einer familiengerechten Politik führen!